



20.069

**Jugendschutz in den Bereichen
Film und Videospiele.
Bundesgesetz****Protection des mineurs
dans les secteurs
du film et du jeu vidéo.
Loi fédérale***Differenzen – Divergences***CHRONOLOGIE**

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.03.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.06.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.06.22 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.09.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.09.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 22.09.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.09.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.09.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele
Loi fédérale sur la protection des mineurs dans les secteurs du film et du jeu vidéo**

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Wir beraten alle Differenzen in einer einzigen Debatte.

Herzog Verena (V, TG): Da wir bereits zweimal ausgiebig über dieses neue Gesetz debattiert haben, nehme ich das Fraktionsvotum und die Minderheitsanträge zusammen.

Ich möchte etwas nochmals betonen: dass selbstverständlich auch die SVP-Fraktion für wirksamen Jugendschutz bei Filmen und Videospielen ist. Doch wir anerkennen, dass die Branche in den vergangenen Jahren mit der Alterskennzeichnung der Videospiele und deren Kategorisierung mit Symbolen von Pegi (Pan European Game Information) einiges für einen guten Jugendschutz geleistet hat. Allerdings muss man wissen, dass Alterskennzeichnungen lediglich darüber informieren, ob die Spiele aus Sicht des Jugendschutzes unbedenklich sind. Sie geben jedoch nicht generell Auskunft darüber, ob ein Spiel aus pädagogischer Sicht geeignet ist oder ob ein Kind mit den Anforderungen des Spiels zurechtkommt. Die Verantwortung dafür, welche Games die Kinder und Jugendlichen spielen und welche Filme gesehen werden, liegt letztendlich bei den Eltern. Sie haben die Aufgabe, ihren Kindern auch beim Medienkonsum Leitplanken zu setzen, altersgerechte Inhalte auszuwählen, die Kinder bei ihrem Medienkonsum zu begleiten und, ganz wesentlich, ihren Kindern einen verantwortungsbewussten Umgang mit Videospielen zu vermitteln und auch vorzuleben.

Wie bei allem im Leben kommt es auch hier auf das Handling, die Dosierung und das Mass an. Gefährlich ist es, zu glauben, die Verantwortung für die Kinder und deren Schutz delegieren zu können, und sich in falscher Sicherheit zu wähnen.

Ich komme zu unseren Minderheitsanträgen. Unterdessen hat sich auch der Ständerat mit dem neuen Bundesgesetz auseinandergesetzt und nach Ansicht der SVP-Fraktion meist vernünftige Kompromisse eingebracht, welche wir inhaltlich unterstützen werden. Im Wesentlichen sind das vier Themen. Es betrifft Artikel 5 Buchstabe h, Artikel 8 Absatz 2bis und Artikel 11 Buchstabe cbis; diese drei Bestimmungen betreffen die Mikrotransaktionen. Doch gemäss der Branche ermöglichen alle Plattformen seit Jahren eine elterliche Kontrolle über Mikrotransaktionen. So können bei allen Plattformen Einstellungen betreffend das Alter sowie die Kommunikation vorgenommen werden.





Zu bedenken ist auch, dass die Geschäftsmodelle in der Game-Branche sehr dynamisch sind, das heisst, sie ändern sich immer wieder. Eine gesetzliche Verankerung von Bestimmungen betreffend Mikrotransaktionen wäre deshalb nur bedingt wirksam. Gerade bei der Koregulierung muss die Branche die Dynamik und Neuentwicklungen mit Risiken auffangen und einen sicheren Umgang sicherstellen. Der Bund und das Gesetz wären da viel zu langsam.

Auch wenn diese optionalen Zusatzkäufe ein fieses Spiel sind, liegt es auch hier in der Verantwortung der Eltern, ob sie ihren Kindern tatsächlich Kreditkarten zur Verfügung stellen wollen, damit solche Käufe überhaupt getätigt werden können. Ich muss sagen, das wäre für mich als Mutter nie infrage gekommen. Mit diesen Artikeln würden weniger die Jugendlichen als vielmehr das Bankkonto der Eltern geschützt. Aus diesen Gründen sind die entsprechenden Bestimmungen gemäss Ständerat und Minderheit zu streichen.

Ein zweites Thema – und damit komme ich zu einem weiteren Minderheitsantrag – sind die Alterskontrollen, die zweifellos wichtig sind. Doch bei Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer 2 geht uns die gesetzliche Regelung zu weit. Wenn ein Kind von einer volljährigen Person, die mindestens zehn Jahre älter sein muss, begleitet wird, trägt diese Person, die das Kind oder den Jugendlichen am besten kennt, die Verantwortung dafür, was dem Zuschauenden oder Mitspielenden zumutbar ist. Da ist es kaum nötig zu regeln, dass das Kind in Bezug auf das angegebene Mindestalter höchstens zwei Jahre jünger sein darf. Unsere Fraktion unterstützt deshalb die ursprüngliche Version des Bundesrates und damit die Einwilligung der Erziehungsberechtigten, die den Zweck erfüllt. Wir beantragen auch hier gemäss Ständerat die Streichung der Bestimmung.

Zum dritten Thema und zum Minderheitsantrag de Montmollin zu Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe f: Es geht um die Anforderung an die Branchenorganisationen, dass diese Expertinnen und Experten als ständige Mitglieder einzubeziehen haben. Da sind wir der Auffassung, dass es wie gemäss Version Ständerat genügt, dass die Expertinnen und Experten bei der Erarbeitung der Jugendschutzregelung, also im Kernbereich des Gesetzes, beigezogen werden, aber nicht als ständige Mitglieder. Das würde einer Branchenlösung, wie vom Ständerat sinnvollerweise vorgeschlagen, widersprechen.

So weit unterstützen wir die Version des Bundesrates und des Ständerates.

Ein weiterer unserer Minderheitsanträge betrifft ein viertes Thema. Es geht um Artikel 27a, die Einführung einer gesetzlichen Verpflichtung für das zuständige Bundesamt, Massnahmen zur Förderung der Medienkompetenz der Minderjährigen sowie Präventionsmassnahmen zu ergreifen. Obwohl selbstverständlich mit der heutigen Flut an Filmen und Videospielen und den ganzen Social Media auch wir von der Notwendigkeit der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen überzeugt sind, lehnt unsere Minderheit Artikel 27a aus folgenden Gründen ab und folgt auch hier der Version des Ständerates: Medienkompetenzförderung ist bereits im Lehrplan 21 enthalten und wird in der Volksschule gefördert. Die Medienkompetenzförderung ist zudem ein fester Bestandteil der Aktivitäten des SIEA, des Verbandes der Schweizer Video- und Computerspielbranche. Dies zeigt sich beispielsweise mit der Lancierung der verbandseigenen Plattform play-smart.ch oder mit dem Support des Bundesprogramms "Jugend und Medien". Mithilfe von transparenten

AB 2022 N 1419 / BO 2022 N 1419

Informationen soll es Eltern, Lehrern und Gamern selbst ermöglicht werden, einen verantwortungsbewussten Umgang mit Videospielen sicherzustellen. Dazu haben die Branche und die EU das Einstufungssystem Pegi entwickelt.

Minderjährige müssen durch Anstrengungen der Branche vor nicht altersgerechten Filmen und Videospielen geschützt werden. Das ist wichtig. Aber das ist nun wirklich nicht Aufgabe des Bundes bzw. des Bundesamtes für Sozialversicherungen.

Ich bitte Sie, der SVP zu folgen, die Minderheiten zu unterstützen und uns damit zu einem sinnvollen Gesetz zu verhelfen.

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Frau de Montmollin vertritt den Antrag ihrer Minderheit und spricht auch für die FDP-Liberale Fraktion.

de Montmollin Simone (RL, GE): Je vais d'abord donner la position du groupe libéral-radical, puis exposer ma proposition de minorité.

Le groupe libéral-radical partage la position du Conseil des Etats, soit sa version décidée le 8 juin dernier. Cette dernière permet d'agir de manière efficace et coordonnée pour protéger les enfants contre les contenus de films ou de jeux vidéo qui ne conviennent pas à leur âge.

Plusieurs dispositions problématiques ont été corrigées ou supprimées par le Conseil des Etats, ce que nous saluons. Nous soutenons en particulier le principal changement qui prévoit de maintenir le principe de corégulation.



lation tout en améliorant considérablement la répartition des responsabilités et des compétences en matière d'exécution. Le projet remet au centre le rôle des parents d'abord, puis le rôle des organisations sectorielles, soit des branches. Ce sont les branches qui deviennent responsables en priorité de l'élaboration des réglementations visant la protection de la jeunesse, ce qui évite de devoir créer de nouvelles organisations faitières, telles les organisations de protection de la jeunesse comme cela était prévu dans le projet initial. Cette corégulation proposée s'appuie sur les initiatives d'autorégulation existantes de certaines branches. Elle laisse une marge de manoeuvre indispensable à la mise en oeuvre et permettra de privilégier des solutions proches de la pratique qui tiennent compte à la fois des évolutions dynamiques dans ce secteur et des développements internationaux auxquels ils sont liés. Ces réglementations de branche peuvent ensuite être déclarées de force obligatoire; et ce n'est qu'en dernier recours, cinq ans après la mise en oeuvre de la loi, si rien n'est fait de manière concrète, que le Conseil fédéral peut implémenter de telles règles. Sa position reste subsidiaire et cet élément-là doit également être salué.

D'autres points, corrigés par le Conseil des Etats, sont soutenus par notre groupe, mais n'ont pas été repris par notre commission. Nous suivrons donc les minorités sur tous les points.

Le premier concerne le préambule, et la question de la promotion des compétences médiatiques et de prévention. Ces moyens d'agir existent déjà, il y a déjà des bases légales autorisant le Conseil fédéral à soutenir des projets de cette nature. Il n'y a pas lieu, dans cette loi, qui concerne l'indication de l'âge et le contrôle de l'âge, d'en rajouter.

Le deuxième point concerne les microtransactions. Leur interdiction ne figurait pas dans le projet du Conseil fédéral, nous l'avions déjà relevé. Cette loi, je le répète, concerne les dispositions relatives à l'indication de l'âge alors que les microtransactions ne concernent pas le contenu mais le processus de jeu. Si cette loi devait intégrer les microtransactions aujourd'hui, il faudrait s'attendre à ce qu'elle soit obsolète au moment de sa mise en oeuvre, puisque d'autres fonctionnalités verraient le jour. Il s'agit de ne pas être totalement décalé avec la réalité d'un secteur qui évolue extrêmement rapidement.

La minorité suivante concerne les restrictions imposant une différence maximale de deux ans avec l'âge requis pour qu'un mineur accompagné d'une personne majeure puisse accéder à des manifestations ou des supports audiovisuels par le biais de plateformes. Ici, notre groupe est partagé. La majorité estime que la responsabilité parentale doit primer et souhaite éviter une législation par trop exhaustive dans ce domaine. D'autres estiment que si la responsabilité parentale doit primer, lorsque ces derniers émettent une interdiction, ils doivent pouvoir compter sur un dispositif cohérent afin qu'elle soit suivie d'effets. Nous aurons donc sur ce point quelques divergences au sein du groupe, mais, dans sa majorité, il va refuser cette différence maximale de deux ans.

Enfin, la dernière minorité, celle que je représente aujourd'hui, propose que le principe d'intégrer des experts de manière permanente dans ces organisations de branche soit aussi refusé. La majorité de notre conseil avait souhaité imposer ces experts en tant que membres permanents dans des organisations de protection de la jeunesse qui seraient chargées de cette corégulation. Nous avons changé le projet. Il n'est plus question de créer des organisations faitières de protection de la jeunesse, mais de se fonder sur les organisations existantes, les organisations sectorielles de branche. Ces dernières n'ont pas pour seule vocation la protection de la jeunesse, elles ont aussi d'autres tâches. Il n'est dès lors pas justifié que des experts, qui auraient pour tâche d'élaborer les nouvelles réglementations, y siègent de manière permanente.

Un autre point qui avait déjà été évoqué lors de nos précédents débats concerne l'indépendance de l'expert. L'expert doit pouvoir être consulté pour ses qualités, son expertise. Il doit pour cela agir en toute neutralité; le fait d'être à la fois expert et membre d'une organisation dans laquelle il s'agit de prendre des décisions met à mal, en quelque sorte, ce principe de neutralité et d'indépendance.

Pour ces raisons, nous vous encourageons, ici aussi, à refuser d'intégrer les experts à titre permanent et à suivre ma minorité.

Ce sont les raisons pour lesquelles le groupe libéral-radical soutiendra la version du Conseil des Etats, en soutenant chaque minorité.

Stadler Simon (M-E, UR): Die Mitte-Fraktion wird jeweils der Mehrheit der WBK-N folgen. Für unsere Fraktion ist das vorliegende Gesetz ein gut austarierter Kompromiss. Es nimmt neben den Eltern auch die Anbieterinnen in die Pflicht. Dabei gibt der Gesetzgeber die Rahmenbedingungen vor, und die Branchenorganisationen setzen die detaillierten Regeln des Gesetzes dann um.

Unsere Fraktion möchte die Regelung der Mikrotransaktionen in den Artikeln 5, 8 und 11 belassen. Die Mikrotransaktionen sind einfach eine fiese Masche. Die Kinder und Jugendlichen werden für den Kauf eines Spiels begeistert, aber erhalten nur einen sehr beschränkten Zugriff auf das Spiel. Durch die Mikrotransaktionen erhalten sie dann zusätzliche Spielerweiterungen, und man muss sich immer wieder einkaufen, damit



man das Spiel überhaupt weiterspielen kann. In der analogen Welt wäre es so, als ob man ein Monopoly ohne Spielfiguren, Würfel und Hotels kaufen würde und man das dann erst zuhause merken würde. Die weiteren Gegenstände müsste man in der Folge immer wieder einzeln, für den gleichen Preis wie das Spiel, zukaufen. Dies fördert in unseren Augen die Abhängigkeit. Die Kinder und Jugendlichen werden so an einen Anbieter gebunden.

Auch wenn jetzt einige sagen, es handle sich hier nicht um ein Suchtgesetz, ist für uns klar, dass wir dem Namen dieses Gesetzes gerecht werden sollten und die Kinder und Jugendlichen vor einer möglichen Spielsucht und unerwünschten Abhängigkeiten schützen müssen. Wichtig ist auch zu unterstreichen, dass das vorliegende Gesetz die Mikrotransaktionen nicht grundsätzlich verbietet. Neu müssen jedoch Spiele, die Mikrotransaktionen enthalten, mit einem Inhaltsdeskriptor gekennzeichnet werden. Das System der elterlichen Kontrolle soll auch die Möglichkeit bieten, die Mikrotransaktionen durch Minderjährige einzuschränken. Das bedeutet, dass die Minderjährigen und die Eltern hier in die Pflicht genommen werden.

Zudem müssen die Branchenorganisationen Jugendschutzregelungen zu den Mikrotransaktionen erstellen. Genau das ist doch die Stossrichtung in diesem Gesetz. Es nimmt sowohl die Branchenorganisationen wie auch die Eltern in die

AB 2022 N 1420 / BO 2022 N 1420

Pflicht, indem es den Eltern die Möglichkeit gibt, ihre Verantwortung gegenüber den Kindern wahrzunehmen. Die Mitte-Fraktion kommt jedoch dem Ständerat entgegen. Es macht Sinn, wenn wir den Begriff der Jugendschutzorganisationen durch den Begriff "Branchenorganisation" ersetzen. So können die bereits bestehenden Branchenorganisationen erhalten bleiben. Dies macht Sinn, sodass wir ein schlankes Gesetz und vor allem auch eine schlanke Umsetzung dieses Gesetzes garantieren können.

Unsere Fraktion wird bei Artikel 10 der Mehrheit der WBK-N folgen. Wir sind hier der Meinung, dass man, wenn wir es mit dem Jugendschutz ernst meinen, die Expertinnen und Experten als ständige Mitglieder in den Branchenorganisationen beibehalten müssen. Die Expertinnen und Experten bringen doch genau das nötige Wissen im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes mit, um diese Altersgruppen auch wirksam schützen zu können. Hier darf erwähnt werden, dass dieser Artikel so auch in der ständerätlichen WBK eine Mehrheit fand. Wir sind überzeugt, dass die Prävention ein wichtiger Pfeiler für den Kinder- und Jugendschutz ist.

In Artikel 4 respektive Artikel 27a wird die Mitte-Fraktion deshalb die Mehrheit der WBK-N unterstützen. Mit diesem Artikel soll die Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen gefördert werden. Dieser Artikel ist für uns sehr wichtig, denn er nimmt, neben den Eltern und den Branchenorganisationen, auch die Kinder und Jugendlichen in die Pflicht. Nur wenn man einen vernünftigen Umgang im digitalen Raum erlernt, wird man in diesem Raum auch mündig und kann verantwortungsvoll handeln. Nur so kann auch die Selbstverantwortung der Kinder und Jugendlichen gestärkt werden.

Herzog Verena (V, TG): Herr Kollege Stadler, sind Sie nicht auch der Meinung, dass es noch speziell ist, dass selbst die Branchenorganisationen diese Medienkompetenzförderung wollen? Wollen sie nicht einfach Geld vom Bund, statt sich selbst noch mehr zu engagieren?

Stadler Simon (M-E, UR): Das ist schwierig zu sagen. Ich bin ja kein Branchenvertreter. Ich glaube, es ist wichtig, Folgendes zu Artikel 27a zu sagen: Es gibt ja schon ganz viele Angebote. Man schreibt jetzt einfach ins Gesetz, dass man das, was bereits gemacht wird, auch finanziell abgelden kann.

Piller Carrard Valérie (S, FR): Le groupe socialiste soutiendra l'ensemble des propositions de la majorité de la commission.

En effet, actuellement, l'utilisation de films et de jeux vidéo en ligne n'est guère réglementée. Selon plusieurs études et recommandations d'organisation de protection de l'enfance, la plupart des jeunes sont confrontés à des situations à risque, notamment en termes de contenus problématiques. Pour une protection efficace des jeunes, nous estimons que la prévention est essentielle.

La consommation de jeux vidéo devrait donc être accompagnée de mesures au niveau de l'éducation, de la prévention et des compétences médiatiques. Nous saluons la volonté du Conseil fédéral de maintenir les mesures de prévention existantes dans le cadre du programme national "Jeunes et médias". Mais il est nécessaire de mettre en place une réglementation juridique supplémentaire pour la prévention en matière de médias. Nous estimons que c'est en acquérant les compétences et les connaissances nécessaires que les enfants et les jeunes peuvent se protéger au mieux. Par conséquent, nous soutiendrons, à l'article 4, l'ajout de la lettre e.

Outre la prévention, les microtransactions nous paraissent un thème digne d'attention. Ces dernières années



en effet, on a assisté à l'introduction des modèles "free to play" et "pay to win", pour des jeux prétendument gratuits qui, en réalité, incitent les joueurs à acheter à très bas prix le droit de continuer à jouer. Ce nouveau modèle économique a fondamentalement changé le marché des jeux vidéo et a des conséquences sur les jeunes. Basé sur les microtransactions, c'est-à-dire des achats supplémentaires facultatifs, ce modèle augmente considérablement le risque d'addiction, et donc le risque d'endettement parfois lié. Nous soutenons l'introduction de règles relatives au traitement des microtransactions dans les jeux vidéo, proposition acceptée par la majorité à l'article 11 lettre cbis. En effet, les jeux vidéo avec microtransactions doivent être pourvus d'un descripteur de contenu afin que les parents puissent prendre leur responsabilité; pour cela, il faut d'abord être au courant de l'existence des microtransactions.

En résumé, le groupe socialiste soutient cette loi qui vise à renforcer la protection des jeunes contre les contenus médiatiques inappropriés et vous prie d'accepter les propositions de la commission.

Locher Benguerel Sandra (S, GR): Die SP-Fraktion ist nach wie vor überzeugt, dass wir mit dem vorliegenden Gesetz eine Grundlage dafür schaffen müssen, Minderjährige vor Medieninhalten in Filmen und Videospielen zu schützen, welche ihre gesunde Entwicklung gefährden könnten. Der Ständerat hat unsere Verbesserungsvorschläge leider weitgehend abgelehnt. Deshalb liegt der Ball heute Morgen bei uns, die Beschlüsse zu bestätigen, damit das Gesetz einen effektiven Jugendschutz ermöglicht. Die SP-Fraktion sieht folgende drei Schwerpunkte:

1. Prävention: Prävention ist für einen wirkungsvollen Schutz zwingend. Der Videospielkonsum sollte deshalb von Massnahmen in den Bereichen Erziehung, Prävention und Medienkompetenz begleitet werden. Es ist erfreulich, dass der Bundesrat die bisherigen Präventionsmassnahmen im Rahmen des nationalen Programms "Jugend und Medien" weiterführen will. Trotzdem braucht es ergänzend eine gesetzliche Regelung der Medienprävention. Auch die von der WBK kontaktierten Organisationen bekräftigen, dass die Beratungs- und Präventionsangebote zurzeit ungenügend sind. Deshalb unterstützt die SP-Fraktion explizit den Mehrheitsantrag auf Festhalten zu Artikel 27a.

2. Mikrotransaktionen: In den letzten Jahren hat die Einführung der Geschäftsmodelle "Free to play" und "Pay to win" den Videospiegelmarkt grundlegend verändert. Diese Geschäftsmodelle, die auf Mikrotransaktionen – also optionalen Zusatzkäufen – basieren, erhöhen die Suchtgefahr stark. Deshalb bitte ich Sie, dem Mehrheitsantrag zur Ergänzung von Artikel 11 Buchstabe cbis zu folgen.

3. Jugendschutzorganisationen: Die Jugendschutzorganisationen dürfen nicht allein aus Vertretungen der Branche bestehen. Es braucht Expertinnen und Experten aus den Bereichen Erziehungswissenschaften, Pädagogik, Sozialarbeit, Gesundheit und Sucht. Deshalb ist es wichtig, dass bei Artikel 10 gemäss Mehrheitsantrag an der Version unseres Rates festgehalten wird.

Die SP-Fraktion unterstützt vollumfänglich das vorliegende Gesetz und das Ziel, Minderjährige vor ungeeigneten Inhalten in den Bereichen Film und Videospiele zu schützen.

Python Valentine (G, VD): Une surconsommation de jeux vidéo a des impacts négatifs sur la santé à tout âge: perturbation du sommeil, suractivité cérébrale, addiction, sédentarité et surpoids – sans parler des problèmes de vue liés à la fameuse lumière bleue des écrans. Chez les mineurs se pose également la question des contenus, tant des jeux vidéo que des films. Les nouvelles technologies du numérique rendent extrêmement facile l'accès à des contenus inadaptés et violents. Se pose alors la question de l'impact psychologique que cela induit pour les enfants et les adolescents. Il est donc de notre responsabilité collective de les protéger et de soutenir les parents dans leurs efforts pour encadrer la consommation numérique de leurs enfants. C'est une question de santé physique et mentale des mineurs; c'est aussi une question éthique, puisqu'il paraît anormal de laisser les familles démunies face à une évolution aussi rapide des modes de consommation et de divertissement. A ces questions cruciales s'ajoute celle du surendettement, car de plus en plus de jeux impliquent des transactions en ligne, rendues souvent irrésistibles par les mécanismes neuro-cérébraux que suscite la réalisation d'un jeu en ligne. Pour cette même raison, le nombre d'heures par jour passées devant l'écran excède largement les seuils recommandés. Plusieurs études scientifiques démontrent ces effets.

AB 2022 N 1421 / BO 2022 N 1421

Il ne s'agit cependant pas de faire le procès des jeux vidéo et des films en ligne, car s'ils sont bien encadrés et adaptés à l'âge des joueurs, ils peuvent aussi contribuer à stimuler positivement le développement mental. Non, ce dont il s'agit ce matin, c'est d'avaliser l'encadrement nécessaire. Notre conseil l'a fait une première fois l'année passée, en suivant la recommandation de la commission, à la plus grande satisfaction des milieux de la protection de l'enfance et des consommateurs.



Malheureusement, le Conseil des Etats, en accordant trop de poids aux intérêts économiques des secteurs du film et du jeu vidéo, affaiblirait trois points fondamentaux, ce qui aurait pour conséquence de vider sensiblement la loi de son sens. C'est pourquoi les Verts défendent la position de la majorité de la commission aux articles 1 et 4. Nous considérons que la promotion des compétences médiatiques est indispensable pour responsabiliser les enfants et les adolescents et adolescentes face à Internet, aux films et aux jeux vidéo. Ce n'est qu'en acquérant les compétences et les connaissances nécessaires que les enfants et les jeunes peuvent se protéger au mieux. Les mesures visant à promouvoir de solides compétences dans l'utilisation des médias et d'Internet sont plus durables que les interdictions. Cela devrait d'ailleurs également être dans l'intérêt du secteur du cinéma et des jeux vidéo.

Nous suivrons également la majorité aux articles 5 et 11 qui concernent les microtransactions, qui représentent un risque financier important pour les enfants, les adolescents et leurs parents. Ces dernières augmentent le risque de problèmes de dépendance aux jeux et aux jeux de hasard. Les jeux vidéo avec microtransactions doivent donc être signalés par des descripteurs de contenu; par ailleurs, l'information et la sensibilisation des parents doivent être renforcées.

Enfin, à l'article 10, nous partageons une fois encore la position de la majorité concernant la garantie de la participation d'expertes et d'experts à titre permanent au sein des organisations de branche lors de l'élaboration de leur réglementation et concernant l'évolution qu'elles souhaitent leur donner, dans un contexte technologique en pleine évolution. Une protection efficace des mineurs dans les médias nécessite obligatoirement l'implication d'expertes et d'experts du domaine de la protection de la jeunesse. C'est la seule façon de garantir que les connaissances spécialisées, notamment en neurobiologie, pédopsychiatrie et psychologie de l'enfant, sur les questions relatives aux enfants et aux jeunes et à leurs intérêts, soient suffisamment prises en compte dans la corégulation de la protection des mineurs dans les domaines du film et du jeu vidéo.

Concernant les minorités, nous les rejetons toutes, dans l'optique d'obtenir une loi sur la protection des mineurs dans les secteurs du film et du jeu vidéo qui soit à même d'honorer ses prétentions.

Brunner Thomas (GL, SG): Als Grünliberale schätzen wir die Freiheit des Einzelnen, aber auch des Gewerbes sehr hoch. Freiheit hat aber immer dort Grenzen, wo Schaden für andere entsteht, und deshalb muss hier auch ein Ausgleich zwischen den gewerblichen Interessen und dem Jugendschutz gesucht werden.

Der Ständerat hat die nationalrätliche Vorlage ziemlich zerzaust; zum Teil sind es Verbesserungen, zum Teil ist er auch ein bisschen zu weit gegangen. Wir begrüßen zum Beispiel, dass wir nun von "Branchenorganisationen" sprechen und nicht mehr von "Jugendschutzorganisationen", denn es sind eigentlich Branchenorganisationen. Hingegen soll die frühzeitige Förderung der Medienkompetenz, die sehr wichtig ist, beibehalten werden. Auch sollen externe Expertinnen und Experten sowie Branchenvertreter in einem dauerhaften Austausch bleiben und nicht nur pro forma konsultiert werden. Im Weiteren soll ein Mindestalter nicht beliebig unterschritten werden können, denn sonst verliert diese Angabe mehr oder weniger ihre Bedeutung. Als weiterer Punkt soll die Problematik der Mikrotransaktionen, die eben sehr, sehr verführerisch sein können, ernst genommen werden. In dieser Koregulation soll man sich damit auseinandersetzen und sinnvolle Lösungsvorschläge erarbeiten.

Wir Grünliberalen unterstützen in diesem Sinn sämtliche Anträge der Kommissionsmehrheit.

Berset Alain, conseiller fédéral: Votre conseil va se pencher maintenant sur les divergences restantes. J'aimerais attirer votre attention tout d'abord sur le contrôle de l'âge, et vous proposer de suivre la majorité de votre commission en prévoyant que l'écart entre l'âge du mineur concerné et l'âge requis n'excède pas deux ans pour qu'il ait accès à un événement public. J'aimerais vous rappeler ici qu'il s'agit du coeur de la loi, à savoir la protection des mineurs face aux contenus problématiques. La question de l'âge nous paraît centrale. J'aimerais vous inviter à suivre la majorité de votre commission.

Concernant les autres éléments – je pense notamment aux microtransactions et aux questions qui concernent l'intégration des experts –, je vous invite à suivre la minorité. Le Conseil fédéral ne s'était pas exprimé sur le sujet des microtransactions. Nous pensons que cette question doit être réglée, si elle doit l'être, ailleurs que dans le cadre de ce projet. Au sujet des experts, il nous semble important de laisser une marge de manoeuvre aux organisations afin qu'elles puissent mettre le mieux possible en oeuvre la loi dans les tâches qu'elles ont à accomplir.

Je vous invite, et c'est le point le plus important, à suivre la majorité de la commission sur les questions d'âge.

Fivaz Fabien (G, NE), pour la commission: Nous en sommes à l'élimination des divergences. Notre conseil a effectué la première lecture il y a plus d'une année, mais le Conseil des Etats a pris le temps de revoir de nombreux éléments de la loi et l'a traitée au mois de juin.



La commission s'est ralliée au Conseil des Etats sur un grand nombre de points. Elle a en particulier accepté de remplacer partout dans la loi "organisation de protection des mineurs" par "organisation de branche". Cette proposition qui est, a priori, anodine ne l'est en réalité pas tout à fait, puisque, dans la mouture initiale, il était prévu qu'une ou plusieurs nouvelles structures soient créées avec la tâche spécifique de protéger les mineurs dans ces domaines. Maintenant, ce seront les organisations existantes, par exemple la SIEA pour les jeux vidéo, qui effectueront le travail. Un des points qui a été souvent soulevé, et qui est un élément assez intéressant, c'est que cela donne une orientation axée sur la protection des mineurs au sein de ces organisations.

La commission a maintenu quatre divergences. Premièrement, de l'avis de la majorité de la commission, la loi doit traiter la problématique des microtransactions. La majorité de la commission a estimé que l'article 11 est formulé en termes généraux. Il demande en particulier un descripteur de contenu, ce qui est déjà le cas de la norme Pegi, et également que les organisations de branche mettent à disposition des parents des informations sur les possibilités de contrôle parental qui permettent de contrôler la consommation des enfants, surtout lorsque le jeu permet de s'endetter ou de dépenser beaucoup. C'est encore un modèle d'affaires qui est dominant. Malgré les informations, selon lesquelles ce modèle serait en train d'évoluer, qui ont été données à la plupart des membres de la commission, cette dernière estime que la loi ne sera pas obsolète lorsqu'elle sera mise en vigueur.

Une minorité estime que le système actuel fonctionne très bien, que les organisations fournissent déjà des informations nécessaires sur ces points et qu'il n'y a pas lieu d'inscrire cela dans la loi.

La majorité estime que les organisations de branche doivent intégrer des experts à titre permanent, et pas seulement les consulter pour l'élaboration des réglementations.

Le Conseil fédéral et la minorité estiment que c'est seulement au moment de l'élaboration qu'il est intéressant d'avoir des experts et que, au moment où l'on applique la loi, ils sont moins nécessaires. La commission demande également de maintenir un article qui instaure une obligation de soutenir la promotion des compétences médiatiques et la prévention. Sur ce point, le programme "Jeunesse et Médias" nommé précédemment existe déjà. Il est soutenu par l'OFAS sur la base d'une ordonnance. Aujourd'hui, on lui donne un ancrage

AB 2022 N 1422 / BO 2022 N 1422

dans la loi, ce qui permettra aussi aux organisations de protection des mineurs de soutenir ces efforts.

Le dernier point est la différence d'âge. Le Conseil fédéral l'a déjà dit: elle est extrêmement importante, puisque selon la version du Conseil des Etats, un jeune de 18 ans pourrait emmener avec lui un jeune de 8 ans pour aller voir un film interdit aux moins de 16 ans – dans ce cas la loi ne s'appliquerait pas.

Aebischer Matthias (S, BE), für die Kommission: Beim Jugendschutzgesetz in den Bereichen Film und Videospiele haben wir gegenüber dem Ständerat – Sie haben es gehört – noch drei wesentliche Differenzen.

Welches sind die Voraussetzungen, damit Kinder oder Jugendliche einen Film anschauen oder ein Videospiel spielen können, auch wenn sie das Mindestalter noch nicht erreicht haben? Die erste Differenz besteht bezüglich dieser Frage. Die zweite betrifft die Mikrotransaktionen, das sind Zahlaufforderungen bei Computerspielen, die erst nach Beginn des Spiels ersichtlich werden. Bei der dritten Differenz geht es um Massnahmen des Bundes zur Förderung der Medienkompetenz.

Bei der Möglichkeit, das Mindestalter zu unterschreiten, möchte der Ständerat, dass Kinder, die in Begleitung einer volljährigen Person sind, zum Beispiel auch ins Kino gehen dürfen, wenn das Kind das für den Film empfohlene Mindestalter noch nicht erreicht hat. Einzige Voraussetzung soll sein, dass die erwachsene Person mindestens zehn Jahre älter ist als das Kind. Das findet die WBK-Mehrheit wie der Bundesrat im Grundsatz eine gute Idee. Sie möchte aber, dass das Mindestalter um höchstens zwei Jahre unterschritten werden darf. Konkret heisst das: Eine Mutter darf mit ihrem 14-jährigen Kind im Kino einen Film für 16-Jährige anschauen, mit ihrem 7-Jährigen darf sie das hingegen nicht tun. Anders sieht es die Mehrheit beim Besuch eines Videospieltourniers. Hier will die WBK-Mehrheit diese Differenzierung nicht machen. Die Erklärung des Bundesrates in der Kommission, wer ein Videospieltournament besuche, habe vorher stundenlang zuhause unter elterlicher Obhut trainieren müssen, überzeugte die Mehrheit der Kommission. Mit 14 zu 9 Stimmen folgte sie bei diesem Punkt, also bei Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b, dem Ständerat beziehungsweise dem Bundesrat.

Festhalten will die WBK-Mehrheit hingegen bei den Mikrotransaktionen. Unter Mikrotransaktionen, wir haben es gehört, versteht man Aufforderungen einer Bezahlung während eines Games. Diese kommen für die Kinder und Jugendlichen meist überraschend, weil sie vor dem Herunterladen des Spiels nicht ersichtlich sind. Konkret heisst das: Kinder laden ein Spiel auf ihr Handy oder Tablet, beginnen das Autorennen, bauen einen Zoo oder Ähnliches. Dann kommt eben das Fiese: Nach kurzer Zeit werden die Kinder ersucht, mit realem Geld ein



besseres Auto zu kaufen oder mehr Tiere zu erwerben. Wer nicht bezahlt, kann das nächste Level des Spiels nicht erreichen. Hier will die Kommissionsmehrheit die Information verbessern und empfiehlt dem Rat punkto Mikrotransaktionen in den Artikeln 1, 5, 8 und 11, bei der nationalrätlichen Version zu bleiben.

Auch bei der Förderung der Medienkompetenz und Prävention hält die Mehrheit der WBK-N an der nationalrätlichen Version fest. Mit 14 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung entschied sich die Kommission bei den Artikeln 4 und 27a, das Gesetz mit Massnahmen zu ergänzen, welche den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeiten und Risiken der digitalen Medien aufzeigen.

Eine Differenz gibt es auch noch bei der Frage, ob die Experten und Expertinnen als ständige Mitglieder oder nur bei der Erarbeitung der Jugendschutzregelungen mit einbezogen werden müssen. Mit 13 zu 11 Stimmen entschied sich die Kommission für einen ständigen Miteinbezug und will dies in Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe f so regeln.

Der Vollständigkeit halber erwähne ich zum Schluss noch, dass die WBK-N dem Ständerat in mehreren Punkten einstimmig gefolgt ist. Dies betrifft etwa das Konzept, "Jugendschutzorganisationen" durch "Branchenorganisationen" zu ersetzen, und die Variante bei Artikel 12a, wonach der Bundesrat die Arbeit dieser Branchenorganisationen kontrollieren und, wenn nötig, eine Gesetzesanpassung vorlegen soll. Ich sage das nur, um zu zeigen, dass die WBK-N bei der Beratung nicht einfach stur war.

Art. 7 Abs. 2*Antrag der Mehrheit**Bst. a Ziff. 2*

Festhalten

Bst. b

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Herzog Verena, Gafner, Gutjahr, Haab, Huber, Nantermod, Umbricht Pieren)

Bst. a Ziff. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 7 al. 2*Proposition de la majorité**Let. a ch. 2*

Maintenir

Let. b

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Herzog Verena, Gafner, Gutjahr, Haab, Huber, Nantermod, Umbricht Pieren)

Let. a ch. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Bst. a Ziff. 2 – Let. a ch. 2**Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 20.069/25381)

Für den Antrag der Minderheit ... 107 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 86 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Übrige Bestimmungen angenommen**Les autres dispositions sont adoptées***Art. 10***Antrag der Mehrheit**Titel; Abs. 1 Bst. a, b; 2*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates



Abs. 1 Bst. f
Festhalten

Antrag der Minderheit

(de Montmollin, Gafner, Giacometti, Gutjahr, Haab, Herzog Verena, Huber, Keller Peter, Nantermod, Umbricht Pieren)

Abs. 1 Bst. f
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 10

Proposition de la majorité

Titre; al. 1 let. a, b; 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 1 let. f

Maintenir

Proposition de la minorité

(de Montmollin, Gafner, Giacometti, Gutjahr, Haab, Herzog Verena, Huber, Keller Peter, Nantermod, Umbricht Pieren)

Al. 1 let. f

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abs. 1 Bst. f – Al. 1 let. f

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.069/25382)

Für den Antrag der Mehrheit ... 109 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 83 Stimmen

(1 Enthaltung)

AB 2022 N 1423 / BO 2022 N 1423

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 11

Antrag der Mehrheit

Bst. b, cbis

Festhalten

Bst. c, h, i

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Herzog Verena, de Montmollin, Gafner, Gutjahr, Haab, Huber, Keller Peter, Nantermod, Umbricht Pieren)

Bst. cbis

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 11

Proposition de la majorité

Let. b, cbis

Maintenir

Let. c, h, i

Adhérer à la décision du Conseil des Etats



Proposition de la minorité

(Herzog Verena, de Montmollin, Gafner, Gutjahr, Haab, Huber, Keller Peter, Nantermod, Umbricht Pieren)

Let. cbis

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 1, Artikel 5 Buchstabe h und Artikel 8 Absatz 2bis.

Bst. cbis – Let. cbis

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.069/25383)

Für den Antrag der Mehrheit ... 103 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 82 Stimmen

(8 Enthaltungen)

Art. 1

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Herzog Verena, de Montmollin, Gafner, Gutjahr, Haab, Huber, Keller Peter, Nantermod, Umbricht Pieren)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 1

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Herzog Verena, de Montmollin, Gafner, Gutjahr, Haab, Huber, Keller Peter, Nantermod, Umbricht Pieren)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Über den Antrag der Minderheit Herzog Verena haben wir bei Artikel 11 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 5

Antrag der Mehrheit

Bst. g

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Bst. h

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Herzog Verena, de Montmollin, Gafner, Gutjahr, Haab, Huber, Keller Peter, Nantermod, Umbricht Pieren)

Bst. h

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 5

Proposition de la majorité

Let. g

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Let. h

Maintenir



Proposition de la minorité

(Herzog Verena, de Montmollin, Gafner, Gutjahr, Haab, Huber, Keller Peter, Nantermod, Umbricht Pieren)

Let. h

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Über den Antrag der Minderheit Herzog Verena haben wir bei Artikel 11 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 8

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2bis

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Herzog Verena, de Montmollin, Gafner, Gutjahr, Haab, Huber, Keller Peter, Nantermod, Umbricht Pieren)

Abs. 2bis

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 8

Proposition de la majorité

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2bis

Maintenir

Proposition de la minorité

(Herzog Verena, de Montmollin, Gafner, Gutjahr, Haab, Huber, Keller Peter, Nantermod, Umbricht Pieren)

Al. 2bis

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Über den Antrag der Minderheit Herzog Verena haben wir bei Artikel 11 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 9

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 12 Abs. 3, 4; 12a; 13 Abs. 1, 4; 14 Abs. 1; 15 Abs. 4; 17 Abs. 2; 19 Abs. 1; 20 Abs. 1–3; 21 Abs. 1; 22 Abs. 2; 25

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

AB 2022 N 1424 / BO 2022 N 1424



Art. 12 al. 3, 4; 12a; 13 al. 1, 4; 14 al. 1; 15 al. 4; 17 al. 2; 19 al. 1; 20 al. 1–3; 21 al. 1; 22 al. 2; 25

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

5a. Kapitel Titel

Antrag der Kommission

Förderung der Medienkompetenz und Prävention

Chapitre 5a titre

Proposition de la commission

Promotion des compétences médiatiques et prévention

Angenommen – Adopté

Art. 27a

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Herzog Verena, de Montmollin, Gafner, Giacometti, Gutjahr, Haab, Huber, Keller Peter, Nantermod, Umbricht Pieren)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 27a

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Herzog Verena, de Montmollin, Gafner, Giacometti, Gutjahr, Haab, Huber, Keller Peter, Nantermod, Umbricht Pieren)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Die Abstimmung gilt auch für den Ingress und für Artikel 4 Buchstabe e.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.069/25384)

Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 82 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Ingress

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Herzog Verena, de Montmollin, Gafner, Giacometti, Gutjahr, Haab, Huber, Keller Peter, Nantermod, Umbricht Pieren)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Préambule

Proposition de la majorité

Maintenir



Proposition de la minorité

(Herzog Verena, de Montmollin, Gafner, Giacometti, Gutjahr, Haab, Huber, Keller Peter, Nantermod, Umbricht Pieren)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Über den Antrag der Minderheit Herzog Verena haben wir bei Artikel 27a abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 4 Bst. e

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Herzog Verena, de Montmollin, Gafner, Giacometti, Gutjahr, Haab, Huber, Keller Peter, Nantermod, Umbricht Pieren)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 4 let. e

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Herzog Verena, de Montmollin, Gafner, Giacometti, Gutjahr, Haab, Huber, Keller Peter, Nantermod, Umbricht Pieren)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Über den Antrag der Minderheit Herzog Verena haben wir bei Artikel 27a abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 28 Abs. 2; 30 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 28 al. 2; 30 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté